

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Mt., durch die Post
bezogen 1 Mt. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreispaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 72.

Dienstag, den 8. September

1891.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen **Friedrich Reinhard Jahn** eingetragene Branntweinhaus nebst Pichschuppen und Wagenschuppen, Folium 134 des Grundbuchs, No. 156, 157 und 285 des Brandcatasters und No. 106, 108 und 475 des Flurbuchs für Wilsdruff, geschätzt auf 28,500 Mark, soll an hiesiger Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden und ist
der 26. September 1891, Vormittags 10 Uhr
als Anmeldetermin,

ferner

der 13. October 1891, Vormittags 9 Uhr
als Versteigerungstermin,

sowie

der 22. October 1891, Vormittags 10 Uhr

als Termin zu **Verkundung des Vertheilungsplans** anberaumt worden.

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf dem Grundstücke lastenden Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens im Anmeldetermin anzumelden.

Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann nach dem Anmeldetermin in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Wilsdruff, am 1. September 1891.

Königliches Amtsgericht.

J. B.
Kaiser, Ref.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des für die hiesige Bürgerschule auf das Winterhalbjahr 1891/92 erforderlichen Heizungsmaterials, ungefähr 250 Hect. Steinkohle und 10 m Scheitholz, soll im Wege der Submission vergeben werden.

Bewerber um diese Lieferung wollen ihr Angebot nebst Preisangabe bis zum **15. ds. Mts.** schriftlich bei uns abgeben.

Die Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.

Wilsdruff, am 5. September 1891.

Der Schulvorstand.

Ficker, Bgmstr.

Tagesgeschichte.

Es gehört kaum viel politische Zeichenduterei dazu, um zu erkennen, daß die allgemeine politische Lage anfangs, erster zu werden. Wir sind weit davon entfernt, dieselbe für akut-bedrohlich zu halten, glauben auch keineswegs daran, daß die moskowitzisch-französischen Verbrüderungsfeste auch nur etwas dazu beigetragen hätten, um den Ernst der Situation zu steigern. Dieselben haben der politischen Welt nichts Neues gesagt; die Tendenz zu dieser losackisch-gallischen Verbrüderlichkeit war vorhanden und ist jederzeit gewürdigt worden; nur weil die Lage ohnehin erster ist als vordem, treten jene Scenen mehr im Rahmen der allgemeinen Situation hervor, sie sind sozusagen ein Schlaglicht, welches auf die letztere fällt, aber nicht eines der die Situation bedingenden Elemente. Man hat die Börsen nicht um Unrecht den politischen Barometer für die wechselnden Situationen genannt; der Courantstand soll anzeigen, wie viel oder wenig ernst die politische Lage zu würdigen sei. Aber obwohl die Börse einen überaus niedrigen Courantstand zeigt, scheint sie doch ihrer Barometereigenschaft zur Zeit nicht gerecht werden zu wollen. Denn weniger die Symptome des Ernüsteren der politischen Lage waren es, welche die Effectenbörsen verstimmen; dieselben trotzen vielmehr hinter den Getreidebörsen empor und, je nachdem die letzteren auf irgend welche Tendenz-Gebirge hin Haufe oder Bauffe in Weizen, Roggen oder Hafer machen, verbesert oder verschlechtert sich die Stimmung der Effectenbörsen; jedoch dergestalt, daß die Hauffe in Getreide eine Bauffe in den Fonds und umgekehrt bewirkt. Diese schon an sich ganz widersinnige Wechselwirkung ist, nebenbei bemerkt, kein überflüssiges für die Preisentwicklung des Spiels, welches seit Anfang des Jahres an den Getreidebörsen aufgeführt wird, und dessen Aufschwung verläufig noch auszusprechen scheint. Verlangt aber aus den hier berührten Gründen der Barometer-Börse für jetzt, so liegen doch, und nicht allein in ernsthaften politischen Journalen, mancherlei Anzeichen für den sich spannenden Ernst der Situation vor. Die Rede, welche Kaiser Wilhelm am 24. August in Merseburg gehalten, folgte gar nicht lange nach einem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, welcher von der Sensibilität der englischen Journale in orientalischen Dingen Akt nahm und von unserer Presse wohl nur deshalb so wenig beachtet wurde, weil sie gerade alle Hände voll zu thun hatte, um die unglücklichen Nachrichten über den Ausfall unserer Ernte zu vertreiben. Im Auslande den, wo es eine wirkliche politische Presse gibt, die uns fehlt, wurde jener Hinweis des Organs unseres auswärtigen Amtes um so mehr bemerkt, als er gewissermaßen in die Pause zwischen Strensladt-Moskau und Portsmouth fiel. Die Merseburger Rede des Kaisers wurde dann zwar allgemein als ein Signal kommentirt, — aber bald wieder vergessen. Nach dem einzigen über diese Rede vorliegenden Berichte hatte Seine Majestät von der von allen getheilten Hoffnung, den Frieden erhalten zu sehen, gesprochen, dann aber hinzugefügt: käme es einmal anders, so sei es nicht unsere Schuld. Kaiser Wilhelm hat in militärischen Hirteln schon eher

Neben gehalten, die auf den Kriegsfall hindeuten; gefast: dann werde die Armee wie stets ihre Schuldigkeit thun. In Merseburg aber war es kein militärischer Kreis, in dem sich der Kaiser bewegte, dort sprach er zu der Bürgerschaft einer Provinz. Derartige Reden des Kaisers haben bisher stets eine Art offizieller Verifizierung ihres Wortlautes erhalten, indem der „Staatsanzeiger“, erst mehrere Wochen nachher, sie beglaubigte. Diese Beglaubigung fehlt jedoch merkwürdiger Weise der Merseburger Rede, und es ist kaum schwer zu begreifen, daß gerade der von uns erwähnte Satz zwar bekannt, aber nicht offiziell festgelegt werden sollte. Der berührte Hinweis der offiziellen Stimme unseres auswärtigen Amtes auf die Sensibilität der englischen Blätter führt auf die Spur, wo denn die „dunklen Punkte“ sein möchten, welche die Lage ernst erscheinen lassen. Damals war von der Meerengenfrage und von der Stellung Englands in Aegypten die Rede; beide „Fragen“ sind in verschiedenen Variationen inzwischen nicht wieder aus der Erörterung verschwunden. Es giebt da ein russisch-englisches Zwischenpiel, von dem in Herat, in Persien, in China und in Japan weitere Symptome zu finden sind. Daß unter solchen Umständen in den Balkanstaaten die russisch-englische Rivalität in allerlei Irregularitäten zu Tage tritt, ist nur natürlich, und die jetzt durch den Rücktritt des Großveziers eklantant gewordene Ministerkrise in Stambul ist auch wohl nur ein Intermezzo desselben. Erscheint heute die Lage ernst, weil die beiden mächtigen Interessengruppen Russlands und Englands überall in Reibung gerathen, wo immer sie sich berühren, so kann dieselbe bedrohlich werden, und wird sie es, so würden kaum Rußland und England allein den Strauß austragen; — dann dürfte die in diesem Sommer erkennbar gewordene Gruppierung der europäischen Mächte ihre Folgen zeitigen.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Verordnung betreffend die Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs, vom September 1891, welche lautet: § 1. Die Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs vom 6. März 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 31), tritt für lebende Schweine, sowie für solche Erzeugnisse außer Kraft, welche mit einer amtlichen Bescheinigung darüber versehen sind, daß das Fleisch im Ursprungslande nach Maßgabe der daselbst geltenden Vorschriften untersucht und frei von gesundheitsgefährlichen Eigenschaften befunden worden ist. § 2. Der Reichsanzler ist ermächtigt, zur Controle der Beschaffenheit des aus Amerika eingeführten Schweinefleisches geeignete Anordnungen zu treffen. § 3. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Entwurf eines Trunksuchengesetzes ist seit seiner Veröffentlichung von den verschiedensten Seiten kritisiert worden, was ja der Zweck des Veröffentlichens war. Wenn indessen diese Kritik eine überwiegend recht abfällige gewesen ist, so ist der Grund hierfür leicht zu erkennen. Der demokratischen Presse versagt

das agitatorische „Nothstands“-Motiv mehr und mehr, und ist dasselbe daher gern bereit, einen Wechsel des Agitationsstoffes einzutreten zu lassen. Daher kommt es, wenn das Trunksuchengesetz insbesondere von den Standpunkten der Schankwirths- und der Trinker erörtert und von diesen aus verworfen wird. Jedenfalls sind ja Schankwirths- und die Trinker so zu sagen Rücksichtbezügliche an einem solchen Gesetze, und es ist daher in der Ordnung, auch vom Standpunkte ihrer Interessen aus den Entwurf zu prüfen. Indessen sind doch aber die Beiden nicht die allein Betheiligten an einem solchen Gesetze, vielmehr stehen die ethischen und hygienischen allgemeinen Interessen, welche für eine derartige Gesetzgebung in Frage kommen, unter Erachtens jenen Specialinteressen weit voran. Man sollte daher doch die Kritik nicht allzu einseitig vom Schankwirths- und Trinkerstandpunkte aus vornehmen, dann würde man auch wohl zu erheblich günstigeren Resultaten gelangen, als es in solcher Einseitigkeit der Fall sein kann.

Wie bereits mitgeteilt, wird bezüglich des Welfenfonds dem preussischen Landtage eine Vorlage zugehen. Es liegt auf der Hand, daß die Regierung über die oft betonten Antriebe der Welfenpartei bei dieser Gelegenheit in einer oder der anderen Richtung Rechenschaft abzulegen bemüht sein wird. Es heißt, daß ihr dazu ein ziemlich umfassendes Material zur Verfügung steht, und man darf gespannt sein, wie weit sich dies bestätigt. Vielleicht stehen die Hausrechnungen damit in Verbindung, welche jüngst in der Stadt Hannover bei Mitgliedern der Welfenpartei stattgefunden haben. Es wird bestätigt, daß die Ergebnisse derselben nicht unwesentlich gewesen sind.

In der jüngsten Sitzung der Stadtverordneten zu Berlin wurde der sogenannte Nothstands-Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten Singer und Genossen abgelehnt. Angenommen dagegen wurde folgender Antrag des stellvertretenden Stadtverordnetenvorsitzers Dr. Langerbans: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation darüber zu berathen, welche Mittel anzuwenden sind, um der wachsenden Noth in Berlin wirksam zu begegnen bezw. vorzubeugen.“ Ein Redner hatte im Laufe der Debatte die Behauptung, daß eine Arbeitsnoth bestehe, bekämpft bezw. durch Beispiele zu widerlegen gesucht, ein anderer stellte in Abrede, daß nach dem nunmehrigen Sinken der Getreidepreise von einem drohenden Nothstande noch die Rede sein könne und ein dritter wies zur Illustration des angeblichen Nothstandes auf die Thatfache hin, daß bei der Vassalle-Feier Bälle abgehalten wurden, welche bis zum anderen Morgen dauerten.

Aus verschiedenen preussischen Provinzen kommen Klagen über die augenblickliche ungünstige Lage der Sparkassen. Die Abnahme der Einlagen geht Hand in Hand mit einer starken Zunahme der Rückzahlungen, während sich die Annahmen auf Gelddarstellungen mehren. Die Kassen sind dadurch genöthigt, zu geringem Kurse Werthpapiere zu verkaufen, deren Ankauf ihnen ja überhaupt nur unter erheblichen Einschränkungen gestattet ist. Man erblickt in diesen sehr bedauerlichen Ber-